Herr Gleß erläuterte zunächst noch einmal die Vorlage.
Er biete den Fraktionen an, weitere Stellungnahmen und Anregungen in die Verwaltung zu bringen, damit man sich eingehend damit beschäftigen könne.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bedankte sich zunächst bei der Verwaltung, insbesondere bei Frau Schneider und Herrn Hennig, für die Erarbeitung des Konzeptes. Seine Fraktion sei mit der Zusammenstellung der Anregungen über die Sommerpause nicht ganz fertig geworden. Auch müssten die in der Sitzungsvorlage dargestellten Stellungnahmen nun noch mit den eigenen abgeglichen werden. Man strebe an, Ende des Monats eine Stellungnahme vorzulegen. Er bedanke sich bei Herrn Gleß für das Angebot.
Zu Punkt 2.10 sagte er, dass man eher mit Radfahrstreifen operieren sollte, wenn dies der Straßenquerschnitt zulasse. Ein gutes Beispiel sei die Meindorfer Straße, bei welcher die Autofahrer die gestrichelte Linie des Schutzstreifens ignorierten.
Zu Punkt 4.6 wies er darauf hin, dass der Bund als Baulastträger der Autobahn verpflichtet sei, zumindest einen kombinierten Rad-/Gehweg von 2,50m festzustellen, wenn der Bedarf bestehe. Dieser Bedarf sollte von der Stadt entsprechend formuliert werden.
Zu Punkt 5.2 erinnere er an das Kommuniqué aus TOP 13 der heutigen Sitzung. Schließlich sollte es sich hier nicht mehr nur um eine reine LKW-Zufahrt handeln, sondern man sei in dem interfraktionell erarbeiteten Konzept mit der RSAG zu dem Ergebnis gekommen, dass diese Wegeverbindung reaktiviert werden sollte.

Herr Willnecker von der FDP-Fraktion sagte, dass er grundsätzlich keine Bedenken gegen das Konzept habe. Jedoch habe sich der ADFC nunmehr sehr stark durchgesetzt. Zum Punkt 2.9 fragte er, ob zu dem Radverkehrskonzept nun noch ein weiteres Konzept für die Fahrradabstellanlagen erstellt werden soll oder ob man dies nicht miteinander verbinden könne.

Frau Feld-Wielpütz von der CDU-Fraktion sagte, dass sie sich ihren Vorrednern anschließe. Sie bedanke sich im Namen von Herrn Müller aus ihrer Fraktion bei Frau Schneider und Herrn Hennig für die sehr gute Zusammenarbeit.
Insbesondere die farblichen Markierungen der Radwege erachte sie als sehr sinnvoll. Sie stimme Herrn Metz zu, dass der Punkt 5.2. ein ganz wichtiger sei.
Bezüglich des Fahrradweges im oberen Bereich der B56 am Billard-Zentrum sagte sie, dass dieser aufgrund der Wurzelbildung in einem sehr schlechten Zustand sei. Sie fragte, ob die Verwaltung eine Möglichkeit sehe, hier kurzfristig Abhilfe zu schaffen. Insbesondere in der dunklen Jahreszeit sei dies nicht ungefährlich. Sie bitte die Verwaltung, dies beim Landesbetrieb entsprechend anzuzeigen.

Herr Kespohl von der SPD-Fraktion sagte, dass es die Problematik der Wurzelschäden auf Fahrradwegen auch an der L16 von Meindorf in Richtung Geislar sowie von Meindorf in Richtung Menden gebe. Er gebe Frau Feld-Wielpütz in diesem Punkt Recht.
Seine Fraktion werde ebenfalls noch entsprechende Stellungnahmen einreichen.
Er fragte, ob geplant sei, sich das Konzept nochmal im Arbeitskreis „Radverkehr“ anzuschauen, bevor dieses am 22.11. zur Beschlussfassung vorgelegt werde.
Weiterhin fragte er, ob einige der in Anlage 5 benannten Sofortmaßnahmen vorgezogen würden oder ob hiermit bis zum Beschluss über das Radverkehrskonzept gewartet

werde.

Herr Gleß sagte, dass man Maßnahmen vorziehen werde, wo dies möglich sei. Es müssten jedoch prinzipiell hierfür Haushaltsmittel eingestellt werden. Hierfür sei eine Position im städtischen Haushalt einzustellen mit dem Titel „Umsetzung des Radverkehrskonzeptes“. Dieses Budget sollte dann auch dauerhaft mit den erforderlichen Mitteln bestückt werden.
Hinsichtlich einer weiteren Vorstellung im Arbeitskreis sagte er, dass er den Eindruck habe, man sei dort mit der Diskussion am Ende. Insofern habe er eine weitere Einbringung dort nicht mehr vor.

Der Ausschussvorsitzende wies darauf hin, dass noch die Stellungnahmen der Fraktionen ausstünden. Insofern sei es vielleicht sinnvoll, diese entsprechend im Arbeitskreis noch zu diskutieren. Er würde dies gerne optional anbieten.

Damit zeigte sich Herr Gleß einverstanden.

Herr Hennig führte aus, dass das Abstellanlagenkonzept Bestandteil des Radverkehrskonzeptes sei. Allerdings reiche das Personal der Stadt hierfür nicht aus, da man beispielsweise entsprechende Begehungen und Besichtigungen durchführen müsse.

Dann ließ der Ausschussvorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen.